

## Projektvorstellung ISA /

Sitzung Gleichstellungsausschuss Stadt Halle am 16.01.2003

Aufbauphase abgeschlossen ( Oktober 01 – März 02 )

Aufbau Koordinierungsbüro, Gewinnung Mitglieder Beirat, Aufbau Netzwerk

z.Zt. Erprobungsphase ( April 02 – März 04 ), nach Abschluss Aufbauphase per 01.07.2002  
Interventionsstelle Arbeit aufgenommen.

eingebunden in ISA, nimmt in enger Zusammenarbeit mit Polizei nach Einsatz häuslicher Gewalt  
Kontakt mit betroffener Frau auf, Information über rechtliche Möglichkeiten, Beratungs- und  
Hilfeeinrichtungen, ggf Begleitung

### **Arbeitsergebnisse / Stand Gesamtprojekt ISA**

Entwicklung konkreter Interventionsschritte, Intensivierung Netzwerkarbeit;

Projekt arbeitet für Zielerreichung auf 2 Ebenen:

#### 1. Ebene:

Einbindung u. Vernetzung des Projektes in vorhandene kommunale Strukturen u. kommunale  
Öffentlichkeit sicherstellen durch Beirat;

04.04.2002 projektbegleitende Beirat konstituiert.,verbands- und trägerunabhängig, durch Besetzung  
mit VertreterInnen und Entscheidungsträgern von kommunalen Einrichtungen, lokalen Justiz- und  
Polizeiwesens möglichst breite Verankerung und Wirkung des Projektanliegens in Halle und darüber  
hinaus sichern

( u.a. Polizeipräsident PD Halle, Sonderdezernat, Präsidentin AG Halle-Saalkreis, Frauenhaus Halle,  
Gleichstellungsbeauftragte, Liga freie Wohlfahrtsverbände, Ausländerbeirat, Jugendamt, Hall.  
Anwaltsverein )

Beirat koordiniert Tätigkeit im Projekt, gibt Zielrichtung für Arbeit in den Fachgruppen vor ,führt deren  
Ergebnisse wieder zusammen

Frauenminister Gerry Kley (FDP) Schirmherrschaft über Projekt, Dagmar Szabados, Bürgermeisterin  
und Beigeordnete für Jugend, Soziales und Gesundheit Vorsitz des Beirates.

3 Sitzungen Beirat 2002), nächste Sitzung Beirat April 2003

#### 2. Ebene: Fachgruppen

in erster Sitzung Beirat Einrichtung und Besetzung von 6 thematisch arbeitenden Fachgruppen  
beschlossen, alle Fachgruppen interdisziplinär mit PraktikerInnen besetzt, werden durch  
kontinuierliche Arbeit gewünschte Kooperation institutionalisieren

Fachgruppen: polizeiliche Intervention, Strafermittlung und Strafrecht, Zivilrecht,  
Unterstützungsangebote für misshandelte Frauen, Unterstützungsangebote für Kinder und  
Jugendliche sowie Lern- und Trainingsprogramme für Täter.

Verabschiedung von Arbeitsaufträgen erfolgt durch Beirat

März 2002 Beginn Fachgruppen - Arbeit

Fachgruppen- Arbeit fortgesetzt,

6 Fachgruppen arbeiten, Arbeitsatmosphäre konstruktiv

Diskussionen lebhaft, nicht destruktiv; Ansichten unterschiedlicher Berufsfelder

Regeln der Zusammenarbeit(u.a. Offenheit , Toleranz ggü anderen Berufsfeldern, gemeinsame  
Erarbeitung konkreter, realistischer, erreichbarer Handlungsschritte, i.d.R. keine Einzelfallarbeit )  
aufgestellt

Situationsanalyse / gemeinsame Zielsetzung, entscheidend für Gelingen Kooperationsprozess,  
zielgerichtet; gegenseitige Verständigung

## Sichtung statistischen Material

seit Mai 2002 bis Dezember 2002 insgesamt 35 Fachgruppen -Sitzungen

### **Interventionsstelle:**

Bindeglied zwischen Polizeieinsatz und weiterführenden Hilfs- und Unterstützungsmöglichkeiten mit Ziel,

lückenlose Kette staatlicher Intervention, damit Verbesserung des Schutzes betroffener Frauen und Kinder, Leben ohne Gewalt aufzuzeigen und zu ermöglichen

Ist arbeitet nach in BRD neuen pro-aktiven Ansatz; Initiative zur Kontaktaufnahme von IST ausgehend, damit Möglichkeit, betroffene Frauen zu erreichen, die durch ambivalentes Verhalten aufgrund oft jahrelang anhaltender Misshandlungsbeziehung keine Eigeninitiative

Funktionieren Interventionsstelle von enger Zusammenarbeit Polizei, IST, Hilfseinrichtungen abhängig

Einrichtung IST von Polizei grundsätzlich begrüßt, Entlastung PD, sichtbar, nach Wirksamwerden polizeilicher Maßnahmen weitere Maßnahmen greifen ( z.B. GewSchG )

- seit 29 Wochen
- 81 Betroffene vermittelt
- 35 durch Einsatz PR
- 17 durch andere Institutionen / Beratungsstellen
- 34 SelbstmelderInnen
- ( 5 Doppelmeldungen )

### polizeiliche Maßnahmen:

15 Wegweisungen

9 Ingewahrsamnahmen

5 BAK

### gerichtliche Maßnahmen:

1 AO GewSchG

### Statistik PD Halle / IST:

lt. Statistik PD 01: 1 Meldung / d

IST: 2 Meldungen / Woche

Meldungen durch Polizeireviere November 02 ( 3 Wochen ) stagnierend  
Selbstmelder steigend

Diskussion in FG erfolgt

November 01: tiefster Stand Meldungen ( 16 )

Einverständniserklärung hohe Hürde, nicht alle Fälle = Meldungen aufgrund E-Erklärung; nicht alle Fälle werden IST bekannt,

Bekanntheitsgrad ISA / IST steigend; Polizei nicht mehr alleinige Anlaufstelle, Unsicherheiten, Einordnung Fälle, nicht immer als hG, Verfahren E-Erklärung noch nicht bei allen BeamtInnen durchgestellt

Einverständniserklärung bis SOG- Änderung einzige Möglichkeit für Übermittlung Sozialdaten u. damit Arbeitsfähigkeit IST ( pro- aktiver Ansatz )

SOG – Änderung (Rechtsklarheit durch Regelung ausdrücklichen Wegweisungsrechts für 14 Tage) begrüßt

Keine datenschutzrechtliche Regelung vorgesehen; Vorschlag ISA ( siehe Stellungnahme SOG-Änderung ) gesetzliche Verankerung Datenübermittlung an nichtöffentliche Stellen, weil zur Gefahrenabwehr erforderlich ( vgl. § 41 SOG M-V ), untergesetzliche Regelung, Def. IST als solche Stelle ( MI M-V )

Diskussion Rufbereitschaft; Klärungsbedürfnis für zeitnahe Krisenintervention  
Probelauf 3 Monate, beendet, kein Bedarf an 24-h-Erreichbarkeit, ggf Fortsetzung 2003  
Weihnachten 2002 abgesichert, wurde nicht in Anspruch genommen

### **Fachgruppenarbeit :**

#### **FG polizeiliche Intervention**

Transparenz vorhandenen statistischen Materials

Auswertung Statistik PD Halle 2001, 1. Halbjahr 2002

Fortführung Situationsanalyse polizeilicher Intervention ( Verhalten der BeamtInnen vor Ort, Kenntnisse Sach- und Rechtslage, Protokollierung Tahergang )  
gewisse Hilflosigkeit emotionaler Art, Kenntnisse Ursachen / Wirkung hG entscheidend

Mitteilung Auffassung Verwaltungsgericht Halle bzgl. § 13 SOG LSA als gesetzliche Grundlage für mehrtägige polizeiliche Wegweisung bei andauernder Gefährdung  
( Erlass Ministerium des Inneren LSA vom 13.06.2002 ) ausreichend; Gefahrenprognose, nachvollziehbare Vorgänge entscheidend, detaillierter Einsatzbericht erforderlich  
innerbehördliche Anweisung: WW max. Tage

Verschaffung Überblick Einbeziehung Thema häusliche Gewalt in Aus- und Fortbildung von PolizeibeamtInnen, FH Aschersleben, PD Halle / Bedarfsermittlung, Zuarbeit FG Strafrecht

Erstellung Handlungsanleitung für polizeiliches Handeln in Fällen häuslicher Gewalt in Zusammenarbeit FG Strafrecht, Sichtung vorh. Hdl.anleitungen ( dtshl.weit )

seit Oktober 2002 Teilnahme ISA Schulungen Polizeireviere, Fortsetzung 2003

Vertiefung Gewaltdynamik, Hintergründe Ursachen, Formen, Folgen hG, Motive für ambivalentes Verhalten Betroffener, Verständnis, erforderlich;  
entscheidend für Gefahrenprognose !

#### **FG Strafrecht:**

Umsetzung geltenden Rechts, zeitnahe Tätersanktionierung, Analyse Ermittlungs-und Strafverfahren  
Einholung Statistik über Anzahl und Ausgang der Verfahren seit Bestehen Sonderdezernat „ häusliche Gewalt“ bei StA Halle ( 2001 ) über Generalstaatsanwaltschaft, Zusage erfolgt

gemeinsame Festlegung Arbeitsschwerpunkte, Arbeitsplanung Fachgruppe

Ermittlung Bedarf Fortbildung in einzelnen Institutionen ( Justizbereich, Polizei, Jugendamt ) ; Fragebogen

Opferschutz – Möglichkeiten nach OEG, Erläuterungen durch Amt für Versorgung und Soziales erfolgt

ca. 600 Anträge / a, Zunahme Sexualdelikte ggü Kindern

Antragsrecht Jugendämter zu wenig ausgeübt

Informationsdefizite bei Opfern, Einrichtungen, Institutionen über Möglichkeiten OEG

Fortsetzung Problematik Opferschutz; Nebenklage, Adhäsionsverfahren, Zeugenstellung

#### **FG Zivilrecht:**

Umsetzung geltenden Rechts, Möglichkeiten GewSchG

Musterschutzanträge für Beantragung zivilrechtlichen Schutzes diskutiert und auf Praktikabilität geprüft; Fazit: inhaltlich gut, Gefahr, dass Nichtjuristen Inhalt nicht erfassen und falsche Anträge stellen; Ablehnung für Auslegung in Öffentlichkeit

Hinweis an Interventionsstelle bzgl. Rechtsberatungsgesetz erfolgt

## Auswertung praktische Auswirkungen GewSchG, Einbeziehung umgangsrechtl. Entscheidg. bei AO GewSchG

in Halle bisher 21 Verfahren GewSchG,  $\frac{1}{4}$  § 2 GwSchG,  $\frac{3}{4}$  § 1 GwSchG, mehr als Hälfte d. Verfahren ohne Anwalt

Verfahrensdauer unterschiedlich, Zivilgericht schneller  
vorgesehene SOG-Änderung ( 14 Tage WW ) bei AO Kontaktverbot als ausreichend erachtet  
lt. MJ ( Stichtag 30.06.2002 ) 75 Verfahren anhängig

Diskussion Problematik Wohnungszuweisung / Gewaltschutzgesetz und Kosten (§ 22 BSHG); Sozialhilfegewährung bei häuslicher Gewalt, wird unter Beteiligung VG Halle ( Rechtsprechg. Angemessenheit Unterkunftskosten ) und Sozialamt ( Übernahme Kosten Unterkunft bei Wohnungszuweisung und Kosten FSH ) fortgesetzt

lt. Information ASD Regelung Sozialamt, dass anteilige Übernahme Wohnkosten neuer Wohnung bei Auszug Betroffener wg. Häuslicher Gewalt

Erstellung Informationsblatt GewSchG für Interventionsstelle erfolgt, Infoblatt GewSchG für Polizei vorgesehen ( SOG-Änderung )  
vorgesehene Schulung Polizei über GewSchG

### **Fachgruppe Unterstützungsangebote für misshandelte Frauen:**

#### Verbesserung der Informationen an ausländische betroffene Frauen:

- Einverständniserklärung wird auf Rückseite ergänzt durch Information/Erklärung zur Vorderseite in den in Halle/Saalkreis gängigen Sprachen (engl., franz., arabisch, kurdisch, türkisch, vietnamesisch, portugiesisch, spanisch, russisch)
- Infopostkarte wird ebenfalls übersetzt und als Falblatt mit allen Sprachen der Polizei mitgegeben

Angebotsstruktur in Halle insgesamt gut, als fehlende Angebote wurden betreute Wohnformen für Frauen mit Kindern, fehlende Angebote zur Arbeit mit Tätern und fehlende Angebote für Kinder genannt.

Für den Saalkreis wurde deutlich, dass es keine eigenständigen Beratungsstellen im Kreis gibt, zuständig sind die Einrichtungen in Halle. Problematisch erscheint dabei die Öffentlichmachung der Angebote im Saalkreis und die häufig fehlende Mitfinanzierung des Saalkreises.

⇒ Zusammenarbeit/Mitarbeit des Saalkreises in Fachgruppe durch GSB und Mitarbeiterin des ADS ab Januar sichergestellt

Erfahrungsaustausch zu TherapeutInnen in Halle

Themen für 2003: Formen betreuten Wohnens für Frauen mit Kindern, Sensibilisierung der allgemeinen Öffentlichkeit

### **Fachgruppe Unterstützungsangebote für Kinder und Jugendliche:**

bisher erhebt nur Frauenschutzhaus Daten über betroffene Kinder, um Ausmaß einschätzen zu können, sind weitere Daten notwendig:

- Anfrage an FG Polizei, erfasst Kinder seit Juli 2002
- Anfrage an Amt für Kinder, Jugend und Familie: Erfassung beim Jugendamt ab Jan. 2003
- Diskussion des Konzeptes „Kinder im Frauenschutzhaus“
- Herausarbeiten dessen, was Kinder und Jugendliche an Unterstützung benötigen
- Übertragbarkeit auf Arbeit mit Mädchen und Jungen außerhalb des Frauenschutzhauses
- Entwicklung eines Fragebogens anhand der erarbeiteten Kriterien, um in Halle Möglichkeiten der Unterstützung flächendeckend darzustellen, Diskussion in FG

Erweiterung/Ergänzung der Fachgruppe:

- Mitarbeiter der neuen Arbeitskreises Jungenarbeit in Halle (ein Berater aus der Einzelfallhilfe der Caritas, ein Mitarbeiter eines offenen Jugendtreffs)
- MitarbeiterIn des ASD des Landratsamtes
- Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit AG Familienbildungsstätten wird noch geprüft

## Fachgruppe Lern- und Trainingsprogramme für Täter

19.11.02 war erste Sitzung, TeilnehmerInnen: AEH der AWO, Fachzentrum Gegen-Gewalt, Täterarbeit profa, Bewährungshelfer Sozialer Dienst der Justiz, RA, Frauenschutzhaus, Wildwasser, Strafrichter

Vorstellungsrunde, Diskussion zu Ziele von Täterarbeit und Zielgruppe

Weitere Schritte: Prüfen von vorhandenen Täterprogrammen

Fortsetzung Diskussion Ziele FG

in allen o.g. Fachgruppen gemeinsame Festlegung Arbeitsschwerpunkte für 2003

### Öffentlichkeitsarbeit:

- Landespräventionstag: Einschätzung gut, gut besuchtes Fachforum, viele Gespräche am Stand
- Faltblätter für ISA und IST fertig
- Kneipenaktion zur Bekanntmachung der IST (Postkarte verteilt)
- Presseartikel zur Interventionsstelle erschienen in MZ, Bild-Halle und Pflaster
- Aktionstag 25.11.02 in Kooperation mit Frauenpolitischem Runden Tisch, Wildwasser, Frauenschutzhaus, Stadt Halle, Weibewirtschaft, Stiftung humalios: - Fahnen von terres des femmes (15)
  - Infostände auf Markt
  - Aktion „Weiße Schleifen“ von humalios

Im Vorfeld und danach mehrere Presseberichte (Printmedien, regionales Fernsehen, mdr-info) War insgesamt sehr gut, soll nächstes Jahr erneut, eventuell noch „größer“ aufgezogen werden

- Veranstaltungen/Projektpräsentationen außerhalb Halles:
  - Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder in Sachsen-Anhalt in Aschersleben (Tagesseminar)
  - Unterstützung beim Aufbau von Kooperationsstrukturen im Landkreis Sangerhausen und Mansfelder Land (Erfahrungsaustausch, 2.Treffen), Landkreis Anhalt-Zerbst, Region Dessau
  - Impulsreferat zum Aufbau von Kooperationsstrukturen in Halle bei Tagung: Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes in Sachsen in Leipzig
  - DPWV Frauenprojekte des Landes Sachsen-Anhalt
  - AWO Schwangerenberatungsstellen des Landes Sachsen-Anhalt
- berufsspezifische Infoveranstaltungen/Weiterbildungen:
  - 2 Ausbildungsgruppen Polizei mittlerer Dienst der FH Aschersleben
  - Workshop für Ev. Kirchenkreis Gewalt in Familien gemeinsam mit pro familia
  - Infoveranstaltung für ÄrztInnen im Rahmen der Frauengesundheitstage in Halle gemeinsam mit Gesundheitsamt als Weiterbildung für ÄrztInnen (200 Einladungen, keine TeilnehmerInnen), erneute Planung für 2003
  - Fachvortrag zum Gewaltschutzgesetz im Rahmen der AG gegen Gewalt an Kindern und Jugendliche
  - Infoveranstaltung für Hortnerinnen des DRK
  - 2003: u.a. Fachtagung „Kinder in Gewaltbeziehungen“, Aktionen 25.11.2003
  - seit 25.12.2002 – Mitte Februar 2003 Präsenz ISA / IST Halle TV
  - weitere Öffentlichkeitsarbeit